

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
EU und Verfassung

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.090.321

Wien, am 2. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. Februar 2021 unter der Nr. **5245/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „EU-ZukunftsKonferenz“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

1. *Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die EU-ZukunftsKonferenz aus?*
2. *Wann rechnen Sie mit dem Beginn der Konferenz?*
3. *Wie ist der Stand der Dinge bei der Frage über die Vorsitzführung?*
 - a. *Werden Rat und Europäisches Parlament als gleichberechtigte Partner agieren?*
4. *Ist das vorgesehene Ende des Diskurses unter französischem Ratsvorsitz im Jahr 2022 noch aktuell oder wird auch dieses nicht beibehalten werden können?*
5. *Werden Sie sich aufgrund der Corona-Krise dafür einsetzen, den Zeitrahmen für die Konferenz bis 2023 auszudehnen?*
6. *Wurde bei einer der letzten Ratssitzungen die Möglichkeit ins Auge gefasst, Teile der Konferenz digital erfolgen zu lassen?*

a. Wenn ja, wie haben Sie sich in dieser Frage positioniert und wie war das Ergebnis dieser Überlegungen?

Im Jahr 2020 haben das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union ihre Positionen zur Zukunftskonferenz festgelegt. Alle drei EU-Institutionen sprachen sich für einen breit angelegten, inklusiven und transparenten Prozess aus. Neben dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union sollen die Mitgliedsstaaten, die nationalen Parlamente, die regionale Ebene, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Zivilgesellschaft und Vertreterinnen und Vertreter anderer Interessensgruppen beteiligt sein. Besondere Bedeutung soll der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, auch der jungen Generation, an diesem umfassenden Diskussionsprozess und an den Ergebnissen der Konferenz zukommen.

Dieser Ansatz wurde nunmehr in der Gemeinsamen Erklärung, die am 10. März 2021 vom Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli, der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und dem portugiesischen Premierminister António Costa unterzeichnet wurde, bestätigt.

Eine zentrale Zielsetzung der Zukunftskonferenz ist es, die Europäerinnen und Europäer stärker in die Gestaltung der Zukunft Europas miteinzubeziehen. Dies soll durch eine Vielzahl von Konferenzveranstaltungen und Debatten verwirklicht werden, wobei pandemiebedingt digitale Möglichkeiten eine größere Rolle spielen werden. Ein wesentliches Beteiligungsinstrument wird eine interaktive, mehrsprachige, digitale Plattform der Europäischen Kommission darstellen.

Konferenzveranstaltungen und Zusammenkünfte in physischer Form oder in digitalem Rahmen können auf europäischer, nationaler, transnationaler oder regionaler Ebene organisiert werden. Auf europäischer Ebene verpflichten sich die Institutionen, europäische Bürgerforen zu organisieren. Zusätzlich können nationale Bürgerforen oder thematische Veranstaltungen organisiert werden. Sowohl für nationale als auch europäische Veranstaltungen werden eine Reihe von Grundsätzen und Mindestkriterien gelten, die die Werte der EU widerspiegeln und von den Konferenzgremien festgelegt werden müssen. Spezielle Veranstaltungen sollen jungen Menschen gewidmet sein, da ihre Teilnahme für eine nachhaltige Wirkung der Konferenz unerlässlich ist. Ein noch auszugestaltender Feedback-Mechanismus soll sicherstellen, dass die während der Konferenzveranstaltungen geäußerten Ideen in konkrete Empfehlungen für EU-Maßnahmen münden.

Hinsichtlich der Vorsitzführung ist ein gemeinsamer Vorsitz durch die Präsidentin der Europäischen Kommission, den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den jeweiligen Ratsvorsitz vorgesehen. Darüber hinaus ist ein Exekutivausschuss für die laufenden Arbeiten der Konferenz zuständig. Dieser wird durch ein interinstitutionell zusammengesetztes Sekretariat unterstützt. Für den Exekutivausschuss ist ebenfalls ein gemeinsamer Vorsitz durch die drei Institutionen vorgesehen, der regelmäßig an den Konferenzvorsitz zu berichten hat. Das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission sind mit jeweils drei Vertreterinnen bzw. Vertretern und vier Beobachterinnen bzw. Beobachtern im Exekutivausschuss vertreten. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Die COSAC-Troika hat ebenfalls Beobachterstatus. Darüber hinaus können der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, Vertreterinnen und Vertreter anderer EU-Gremien und der Sozialpartner als Beobachter beigezogen werden.

Eine Plenarversammlung der Konferenz soll mindestens alle sechs Monate zusammentreten und thematisch geordnet die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen diskutieren. Sie setzt sich gleichberechtigt aus Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission, allen nationalen Parlamenten sowie Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Zudem werden der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft vertreten sein. Die Beziehung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist vorgesehen, wenn die internationale Rolle der Europäischen Union diskutiert wird. Schließlich können auch wichtige Interessensträger eingeladen werden.

Eine formelle Auftaktveranstaltung wird, vorbehaltlich der Pandemieentwicklung, für den diesjährigen Europatag, den 9. Mai 2021, in Straßburg in Aussicht genommen. Die Endergebnisse der Konferenz sollen in einem Bericht an den gemeinsamen Vorsitz zusammengefasst werden. Die Konferenz wird in der Gemeinsamen Erklärung eingeladen, bis zum Frühjahr 2022 Schlussfolgerungen zu erarbeiten. Die Institutionen werden danach in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich ein effektives Follow-up zu diesem Bericht prüfen. Im Hinblick auf den Zeitplan habe ich mich explizit dafür ausgesprochen, dass in der Zukunftskonferenz zumindest rasch Zwischenergebnisse erzielt werden sollen.

Hinsichtlich der Konferenzthemen wird in der Gemeinsamen Erklärung betont, dass es vorab keine thematischen Einschränkungen gibt. Als Orientierung werden die Themen entlang der Strategischen Agenda des Europäischen Rates, der politischen Leitlinien der

Europäischen Kommission 2019-2024 sowie Herausforderungen vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie genannt. Unter anderem werden folgende Themen angeführt: Aufbau eines gesunden Kontinents, Kampf gegen den Klimawandel und Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, Wirtschaft im Dienste der Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität zwischen den Generationen, digitaler Wandel Europas, europäische Rechte und Werte (einschl. Rechtsstaatlichkeit), Migration, Sicherheit, Rolle der Europäischen Union in der Welt, demokratische Grundlagen und Stärkung demokratischer Prozesse der Europäischen Union. Querschnittsthemen, die für die Umsetzung der politischen Prioritäten der Europäischen Union von Bedeutung sind, und erörtert werden können sind u.a. bessere Rechtssetzung, Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität, Umsetzung und Durchsetzung des *Acquis* und Transparenz.

Zu den Fragen 7 bis 10:

7. *Sie haben bereits im Sommer eine Tour durch Österreich gemacht. Wie viele Termine haben Sie im Rahmen der Zukunftskonferenz in Österreich bereits wahrgenommen?*
 - a. *Was war der Output dieser Tour?*
 - b. *Mit welchen Stakeholdern haben Sie sich dabei ausgetauscht?*
 - c. *Planen Sie weitere Touren durch Österreich oder die weitere Einbindung der Zivilgesellschaft?*
 - i. *Wenn ja, wie?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Welche Ziele, Forderungen und Diskussionspunkte wurden für die EU-Zukunftskonferenz durch Ihren bisherigen österreichischen Tour-Dialog erarbeitet?*
9. *Welche persönlichen Ziele verfolgen Sie als zuständige Europaministerin hinsichtlich der Zukunftskonferenz bzw. welche Themenkomplexe erachten Sie als besonders essentiell?*
10. *Ist aufgrund der Pandemie die Themenlage eine andere als vor der Pandemie?*
 - a. *Falls ja, welche Themen kristallisieren sich als besonders relevant für die österreichische Bevölkerung heraus?*

Unter dem Motto „Unsere Zukunft – EU neu denken“ habe ich den nationalen Konsultationsprozess bereits am 9. Juni 2020 gestartet. Im Rahmen der Auftaktwoche zu diesen „Österreich- Dialogen“ habe ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und lokalen Ebene (Videokonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer sowie mit Europa- Gemeinderätinnen und Europa- Gemeinderäten) ausgetauscht, mit Schülerinnen und Schülern diskutiert sowie anerkannte Persönlichkeiten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur getroffen. Darüber hinaus habe

ich mich mit den in Österreich akkreditierten Botschafterinnen und Botschaftern der EU-Mitgliedsstaaten über den nationalen Konsultationsprozess ausgetauscht. Weiters fanden jeweils Gespräche mit Abgeordneten (Bereichssprecher) des Nationalrates und mit österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament (per Videokonferenz) statt.

Im Rahmen der Bundesländertour habe ich bisher acht Bundesländer besucht und in diesem Rahmen mit Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, Sozialpartnern, Unternehmerinnen und Unternehmern, Landwirtinnen und Landwirten, Schülerinnen und Schülern diskutiert. Besuche in Vorarlberg wurden bereits mehrfach geplant, mussten jedoch aufgrund der Pandemiesituation verschoben werden und werden möglichst bald nachgeholt. Zudem habe ich Fachkonsultationen mit Expertinnen und Experten sowie mit zivilgesellschaftlichen Initiativen durchgeführt.

Konkret fanden folgende Termine statt:

- Wien: Besuch Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) am 23. Juni 2020, Gespräch mit Expertinnen und Experten der St. Anna Kinderkrebsforschung (mit dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung) am 29. Juni 2020, Austausch mit Schülerinnen und Schülern am 2. Juli 2020.
- Niederösterreich: Gespräch mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Horn, Besuch EU-gefördeter Projekte „Healthacross for future“ in Gmünd (26. Juni 2020), „Auenwildnis Wachau“ in der Wachau (9. Juli 2020), „Institute of Science and Technology (IST) Austria“ in Klosterneuburg, „Schmetterlingswiese“ in Kaltenleutgeben sowie Betriebsbesuch (Naturkosmetikunternehmen „STYX“ in Ober-Grafendorf) jeweils am 11. September 2020.
- Kärnten: Dialog-Veranstaltung mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Klagenfurt, Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes in Kappl am Krappfeld, Eröffnung EU-gefördeter Güterweg in der Gemeinde Straßburg und Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Faak am See jeweils am 10. Juli 2020.
- Salzburg: Zukunftsdialog mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Salzburg-Maxglan, Besuch Einsatzzentrale/Basisraum des Bundesheeres in St. Johann im Pongau, Betriebsbesuch („design M.W Maschinenstickerei“ in Salzburg Stadt) jeweils am 17. Juli 2020.
- Steiermark: Treffen mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Graz, Besichtigung Koralmtunnel, Betriebsbesuche („Naturprodukte Alexander

Imhof“ in St. Peter im Sulmtal, „Distillery Krauss“ in St. Martin im Sulmtal, Kernölpresse „Kiendler ÖL&Mühle“ in Ragnitz) und Diskussionen mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Gamlitz jeweils am 23. Juli 2020.

- Burgenland: Diskussion mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Horitschon und Betriebsbesuch („FT-Tec“ in Neutal) jeweils am 24. Juli 2020.
- Oberösterreich: Dialog mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Linz, Besuch Start-Up-Zentrum in der Tabakfabrik Linz und Gespräche mit Gründerinnen und Gründern, Betriebsbesuch („Fronius International GmbH“ in Sattledt) jeweils am 31. Juli 2020.
- Tirol: Austausch mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Rattenberg, Betriebsbesuch („Bartenbach GmbH“ in Aldrans) und Gespräch mit Landwirtinnen und Landwirten jeweils am 1. September 2020.
- Roundtable mit Repräsentantinnen und Repräsentanten von Kunst, Design und Architektur am 17. September 2020 im Bundeskanzleramt.
- Online-Treffen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen (Bürgerforum Europa, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Pulse of Europe Austria, Europäische Bewegung Österreich, Fridays for Future Österreich) gemeinsam mit EU-Kommissions-Vizepräsidentin Dubravka Šuica am 18. September 2020.
- Expertinnen- und Expertengespräch zur Zukunft der Medizin/Pharmazie/Forschung in der EU am 13. Jänner 2021 im Bundeskanzleramt.
- Videokonferenz mit dem Gemeindebund-Präsidenten und den Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten am 16. Februar 2021.
- Roundtable mit Expertinnen und Experten zum Thema „ZUKUNFT EUROPA, Frauen, Gesundheit und innovative Ideen“ am 10. März 2021 im Bundeskanzleramt.

Weiterführende Informationen zur Auftaktwoche, den Österreich-Dialogen und weiteren Aktivitäten zur Zukunftskonferenz sind auf der Webseite (www.euneudenken.at) abrufbar.

Darüber hinaus stehe ich in regelmäßigm Austausch mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen aus anderen EU- Mitgliedsstaaten und mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission. Ich nehme auch an öffentlichen Diskussionen zur Zukunft der EU, die von Think-Tanks organisiert werden, teil.

Ich werde die im Juni 2020 begonnenen Gespräche und Diskussionsrunden in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen, um auf diesem Wege eine möglichst breite Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Dabei ist mir weiterhin der enge Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Parlament in Zukunftsfragen besonders

wichtig. Über das Postfach eu-zukunftsKonferenz@bka.gv.at können Anliegen und Ideen darüber hinaus auch schriftlich eingebracht werden. Für den innerösterreichischen Prozess werden zudem die Festlegungen der interinstitutionellen Gemeinsamen Erklärung sowie die angekündigte Bürgerbeteiligungsplattform der Europäischen Kommission eine wesentliche Rolle spielen. Die weiteren Schritte, v.a. hinsichtlich der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, werden sich an diesem Rahmen orientieren.

Als Europaministerin ist für mich auch die Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Zukunftskonferenz sehr wichtig. In den vergangenen Wochen hat Österreich gemeinsam mit Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Malta, Niederlande, Slowakei, Schweden und Tschechien die Möglichkeit gemeinsamer Anliegen in der Zukunftskonferenz ausgelotet, um diese in einem gemeinsamen Papier zusammenzufassen.

Konsens besteht dahingehend, dass die Konferenz genutzt werden sollte, um eine effektive und regelbasierte EU zu fördern, die echte, greifbare Lösungen für die Herausforderungen liefert, vor denen die EU steht. Wesentlich sind der Schutz und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der anderen Grundwerte der EU sowie die Bedeutung des Binnenmarktes und die Erleichterung des digitalen Wandels. Die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Migration ist ebenfalls zentral. Ebenso sind weitere Anstrengungen im Sicherheitsbereich, auch durch die Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus – sowohl online als auch offline – von zentraler Bedeutung. Die EU muss auch als starker und glaubwürdiger globaler Akteur auftreten. Darüber hinaus – und auch dieser Aspekt wurde bei den innerösterreichischen Konsultationen immer wieder angesprochen – müssen die Prinzipien der Subsidiarität und Proportionalität effektiv angewendet werden.

Auf EU- Ebene und auf nationaler Ebene besteht außerdem Einigkeit dahingehend, dass die Lehren aus der COVID-19-Pandemie ein zentrales Thema der Zukunftskonferenz darstellen müssen. Im innerösterreichischen Diskussionsprozess sind dabei bisher die jeweils aktuellen Fragen der Pandemiebekämpfung im Vordergrund gestanden (u.a. die EU- Koordinierung zu Schutzbekleidung, Reisebeschränkungen und Impfstoffbeschaffung).

Zu den Fragen 11 und 12:

11. Am Treffen der Europaministerinnen und -minister im Dezember haben auch „Young European Ambassadors“ der deutschen Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa und des Europäischen Jugendparlaments teilgenommen und dabei über ihre Ideen für die EU-

Zukunfts Konferenz gesprochen. Folgende Themen stehen für die 27 jungen „europäischen Botschafterinnen und Botschafter“ im Vordergrund: Fragen der Demokratie, der Digitalisierung, der Migration, der Gesundheitspolitik und des Kampfes gegen den Klimawandel.

Decken sich diese für die Jugend prioritären Fragen mit der Schwerpunktsetzung, die Sie bzw. Ihr Ressort in diesem Bereich setzt?

- a. Wenn ja, inwiefern werden Sie diese Themen abarbeiten?*
- b. Wenn nein, warum nicht?*

12. Wie wird die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in den Prozess erfolgen?

- a. Ist seitens der EU-Institutionen oder der österreichischen Bundesregierung geplant Kindern und Jugendlichen besonders einzubinden und ihnen bei Zukunftsthemen einen größeren Raum zu geben?*
 - i. Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
 - ii. Wenn nein, warum nicht?*

Der Austausch mit den „Young Europe Ambassadors“ im Rahmen der informellen Videokonferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 1. Dezember 2020 wurde von den Mitgliedstaaten als sehr begrüßenswerte Initiative des damaligen deutschen Ratsvorsitzes wahrgenommen. Sämtliche in Frage 11 angesprochenen Themen, die für diese jungen Menschen im Vordergrund stehen, sollen auch Gegenstand der Zukunfts Konferenz sein.

Die Einbindung der jungen Generation ist zentral für die Gestaltung der Zukunft Europas. Dafür habe ich mich als Europaministerin auf europäischer Ebene stets eingesetzt. Ihre wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des europäischen Projekts wird zudem in der Gemeinsamen Erklärung mehrfach hervorgehoben. Auch im innerösterreichischen Diskussionsprozess ist mir der Austausch mit jungen Menschen von Beginn an ein großes Anliegen. Daher haben bereits im Rahmen der Auftaktwoche im Juni 2020 Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern in Österreich stattgefunden. Sowohl bei den Arbeiten auf EU-Ebene als auch im innerösterreichischen Diskussionsprozess kommt der jungen Generation daher eine wesentliche Rolle zu.

Mag. Karoline Edtstadler

